

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitstage 20 Goldpfennig, für Arbeitsan-gebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metall-
arbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 3366
und 3367. Schluss der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zu-
schriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 6

Duisburg, den 6. Februar 1926

27. Jahrgang

Wirtschaftsnot und Wirtschaftsgesundung

Gegen Wirtschaftspessimismus. — Die internationale Wirtschaftskrise. — Die wirkliche Lage. — Forderungen der Arbeiterschaft.

In der alten Kruppstadt Essen, eine der bedeutendsten Produktionsstätten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, fand am Sonntag, 24. Januar, eine imposante Kundgebung der gesamten christlichen Arbeiterschaft Essens statt, die nicht nur durch die Teilnahme von über 2000 Menschen, sondern mehr noch Beachtung fand durch ihren bedeutenden Inhalt. Als Hauptredner vertrat sich unser 2. Zentralvors., Kollege Schmitz, über die Wirtschaftsnot und deren Behebung. Die trotz des besonders ungünstigen Wirtschaftsbildes im Industriegebiet von einem gesunden Optimismus getragenen Ausführungen sind so wertvoll zur Beurteilung und Hebung der Wirtschaftslage, daß wir sie im Auszug zur allgemeinen Kenntnis bringen wollen. Die Versammlung nahm nach zustimmender Aussprache, an der sich die Kollegen Giesberts, Klotz und Müller beteiligten, eine Entschlie-ßung an, die sich mit den Forderungen des Referenten deckte.

Die Wirtschaftslage im Deutschen Reich ist ohne Zweifel im höchsten Maße betrüblich, dennoch ist es durchaus falsch, in einen verderblichen Pessimismus

zu verfallen. Allen Ermessen nach ist die tiefste Kurve der Krise erreicht, ja es macht sich an einigen Stellen bereits eine Besserung bemerkbar. Aber das Wirtschaftsleben stockt ja nicht nur in Deutschland, sondern die gegenwärtige Krise ist als internationale zu bewerten. Der Krieg hat in der ganzen Welt eine Ueber-Industriellisierung hervorgerufen. Hinzukommt die industrielle Selbständigmachung anderer Erdteile. In Deutschland wird z. B. Eisen aus Indien verarbeitet, das von dort billiger zu beziehen, als hier herzustellen ist. Europa hat seinen früheren weltwirtschaftlichen Vorrang während des Krieges und zum guten Teil durch den Krieg eingebüßt und an Amerika abtreten müssen. Amerika hat zudem als Finanzier des Weltkrieges den Gold- und Silbervorrat Europas aufgefressen. Europa steht da größtenteils verarmt und zinspflichtig an Amerika. Es muß daher alles, was auf einen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen und Gegenseite in Europa hinzielt, unterstützt und gefördert werden. Das deutsche Wirtschaftsbudget ist in ganz besonderer Maße bedrückt durch Ereignisse weltpolitischer Art, und zwar 1. durch Reparationsverpflichtungen, die laufend jährlich 2½ Milliarden Goldmark betragen sollen; 2. dadurch, daß die deutsche Regierung durch das Londoner Abkommen vom August 1924 nur noch beschränkte Hoheitsrechte über zwei der wichtigsten Faktoren einer Volkswirtschaft, Reichsbank und Reichsbahn, hat; 3. durch das Fehlen von Handelsverträgen mit anderen Staaten, das erst in besseren Tagen nach und nach behoben werden kann.

Hauptsächlich infolge dieser außenpolitischen Hemmungen ist unsere Außenhandelsbilanz passiv, d. h. wir führen mehr Waren ein wie aus und schwächen damit unsere Wirtschaftskraft. Von Januar bis Oktober 1925 hatte die deutsche Ausfuhr einen Wert von 7200 Millionen Mark, die Einfuhr hingegen einen Wert von 10 800 Millionen Mark.

Allein das deutsche Elend wurzelt auch in hohem Maße in schwerwiegenden

Fehlern innenpolitischer Art.

Es ist ein Skandal, der zum Himmel schreit, daß Wochen verstreichen müssen, bevor eine Regierung gebildet werden kann, weil Parteihader, parteipolitischer Interessensklüngel und Verantwortungslösigkeit ihr Unwesen treiben. Die Sozialdemokratie hat in den letzten Wochen Verrat geübt am deutschen arbeitenden Volke und am demokratischen Staatsgedanken. Ich sage weiter, daß der

öffentliche Verwaltungsapparat überspannt ist und eine Steuerlast hervorruft, die auf die Dauer untragbar ist.

Es ist falsch, die Ursachen schlechten Geschäftsganges in angeblich hohen Löhnen oder Gehältern suchen zu wollen. Ohne ausreichende Kaufkraft der breiten Masse des Volkes ist es unmöglich, einen normalen Inlandsmarkt aufrechtzuerhalten. Wir wenden uns gegen unnütze und schädliche Ueberhebung der öffentlichen Verwaltung und gegen viele Staatsausgaben, die angeblichen Kulturbedürfnissen dienen sollen.

Zu dieser übertriebenen Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand gehört auch die Verwendung der Gelder aus der Mietzinssteuer.

Die Hauszinssteuer

betrug z. B. in Preußen 1925 28 Proz. der Friedensmiete, davon wurden nur 14 Proz. für soziale Zwecke, vornehmlich für den Hausbau, verwandt. Ab April 1926 soll die volle Friedensmiete gezahlt werden, 40 Proz. davon sollen als Steuer gelten, davon sollen aber nur 16 Proz. für Neubautätigkeit verwandt werden. Die Summe, die dabei für den Wohnungsbau herauskommt, ist geringer wie 1925. Während 1925 etwa 370 Millionen Mark zur Verfügung standen, sollen es für 1926 nur noch etwa 280 sein. Vor dem Kriege wurden in Preußen allein jährlich rund 150 000 neue Wohnungen gebaut. 1925 sind mit öffentlichen Mitteln rund 70 000 neue Wohnungen erstellt worden. Wie soll das Baugewerbe und damit der Binnenmarkt in Gang kommen und das Wohnungselend verschwinden, wenn 1926 noch weniger Mittel verwandt werden sollen? Unser Inlandsmarkt kann in hervorragendem Maße durch eine Belebung der Bautätigkeit aufnahmefähiger gestaltet werden. Wir müssen daher fordern, daß die Hauszinssteuer zum Wohnungsbau und nicht für Beamtengehälter und sonstiges verwandt wird. Damit stärken wir den Inlandsmarkt und überwinden die Wohnungsnot.

Westdeutschland

ist von der deutschen Wirtschaftskrise am stärksten in Mitleiden-schaft gezogen. Während nach der amtlichen Feststellung vom 15. Dezember 1925 im gesamten deutschen Reichsgebiet auf je 1000 Einwohner 17,9 erwerbslose Hauptunterstützungsempfänger entfielen, waren es im besetzten Gebiet 26,3. Und an Erwerbs-losen mit längerer Unterstützungsdauer als sechs Monate hatte das besetzte Gebiet mehr wie ein Drittel von allen im gesamten Reich ermittelt. Zudem ist Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gerade in Rheinland und Westfalen erheblich mehr festzustellen wie in übrigen Reich.

Rheinland und Westfalen aber sind die Schlagadern im deut-schen Wirtschaftskörper. Das rheinisch-westfälische Industrie-gebiet beherbergt mehr als ein Viertel der gesamten deutschen Großindustrie und 27 Prozent der gesamten deutschen Arbeiter-schaft. Der Ruhrbergbau repräsentiert 63 Prozent des gesamten deutschen Bergbaues, und 72 Prozent der deutschen Verhüttungs-industrie liegen im Ruhrbecken. Dieses Industriegebiet West-deutschlands lebensfähig zu erhalten und außerordentliche Mittel aufzuwenden, um die schweren Rückschläge, die es erlitten hat, aus-zugleichen, ist für jede Regierung, für jeden Politiker und Staats-mann, sowie für alle wirklich berufenen Wirtschaftsführer ein un-abweisbares Gebot.

An der Ueberwindung der Wirtschaftskrise mit am meisten in-teressiert ist die Arbeiterschaft.

Wir haben daher im Interesse unsrer Arbeitskollegen und ihrer schwerbedrängten Familie die Pflicht, die wirklichen Ursachen des Krankheitszustandes zu erforschen, die Mittel unverblümt zu nennen, die zur Gesundung führen, und die Anwendung dieser Mittel nachdrücklich zu fordern.

Es ergibt sich bei der Lösung dieser Aufgabe, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer unbestreitbar in vielen Punkten zu durchaus gleichen Erkenntnissen kommen. Das ist gut und zeigt, daß es gemeinsame Interessen gibt.

Wer gemeinsame Interessen erkennt und dennoch sich weigert, gemeinsame Wege zu gehen, ist ein Ignorant und Schädling des Gemeinwohls. Das gilt sowohl für Arbeitnehmer wie für Ar-beitgeber.

Unter den Wirkungen der Krise leidet die Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks körperlich und seelisch um so mehr, als sie in früheren Zeiten Arbeitslosigkeit kaum gekannt hat. Die Wirtschaftsgrundlagen des Gebiets waren in ständiger Auf-wärtsentwicklung gleichsam aufgewachsen; sie standen infolgedessen fest und gesund da. Kohle und Eisen — oder, wie wir sehen wer-den, vielleicht richtiger noch —, Eisen und Kohle, gaben der Be-völkerung unmittelbar und mittelbar Arbeit und Brot, belebten Handel und Wandel, Gewerbe und Verkehr.

Die Unterschiedlichkeit von einst und jetzt hebt eine der Ur-sachen der Lage im Industriegebiet schon scharf hervor. Städte wie Essen und Siegburg fielen den drakonischen Bestimmungen des Vertrags von Versailles zum Opfer. Es ist ungemein schwer, wenn nicht unmöglich, mit Erzeugnissen, deren Fabrikation man kaum aufgenommen hat, in einen Markt einzubringen, den andere längst vorher fest in Händen hatten, und der infolge der allge-meinen Geldknappheit und der gesunkenen Kaufkraft sowieso kaum aufnahmefähig ist.

Die gesamte Bevölkerung Essens ist im stärksten Maße in-teressiert an dem Beschäftigungsgrad in den Kruppischen Anlagen. Krupp brüht Essen den Stempel auf. Der Niedergang der Be-schäftigung in den Essener Kruppwerken ist auf Ursachen zurück-zuführen, für die weder die Arbeiterschaft noch die Bevölkerung Essens irgendwie Schuld trägt. Die Not Essens ist eine ganz be-sondere Folge des verlorenen Krieges. An den Folgen des Kriegs-verlustes sollen alle Volksgenossen tragen. Alle! Aber nicht un-gleichmäßig, mindestens nicht ungleichmäßig in dem Maße, wie es hier geschieht. In England hat man Industrien, besonders dem Bergbau, mit

Staatsmitteln

geholfen, obschon kaum festzustellen war, daß die besondere Lage dieser Industrien auf allgemeine politische Ursachen zurückzuführen war. In England haben die Arbeiter diese staatlichen Subven-tion gefordert. Wir erheben die gleiche Forderung für Essen und für die Essener Arbeiterschaft. Ob das durch Gewährung billigen Kredites oder durch Erleichterung der Ausfuhrbedingungen geschehen kann, mag dahingestellt sein. Das hat die Gewerkschafts- und Betriebsvertretung mit der Firma und im Zusammenhang damit die Stadtverwaltung zu überlegen.

Wenn man die Lage im Industriegebiet im ganzen betrachtet, muß man sagen, das Wirtschaftsleben Westdeutschlands hat sich seit 1923 noch nicht im erforderlichen Maße erholt.

(Schluß folgt.)

Steigt die Wirtschaft an?

Der Optimismus, den seit kurzem mehrfach Wirtschaftsführer bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Zeit gezeigt haben, scheint sich laut Kölnischer Volkszeitung vom 28. Januar, auf eine Reihe von Tatsachen zu stützen, die bisher in der Öffentlich-keit weniger bekannt waren oder weniger beachtet wurden. Zu den Erleichterungen auf dem Gebiete der Kredite, die sich in der Ermäßigung des Reichsbankzinsfußes, in der erheblichen Lockerung der Kreditrosselung durch die Reichsbank und in der allmählich immer weiter um sich greifenden Umwandlung der kurzfristigen Kre-dite in langfristige, auch vom Ausland her, auswirken, kommt eine unbestrittene Mehrung der Aufträge. Das gilt vor allem für die Eisen- und Stahlindustrie. Der französische und belgische Markt sind gegenwärtig mit Aufträgen übersättigt. Ein bekannter Eisen-großindustrieller hat dieser Tage im engen Kreise zugegeben, daß die Aufträge in der letzten Zeit allgemein zahlreicher eingehen. Man hört immer öfter, daß Werksbeurlaubte in der Eisenindustrie wie-der eingestellt wurden. Auch Bergarbeiter werden da und dort wieder angelegt. Das ist vor allem bei den Zechen der großen Konzerne der Fall, die für ihren eigenen Bedarf fördern. Auch in einzelnen reinen Zechenbetrieben zeigen sich Ansätze zur Besserung, so weit diese die im Handel stark gefragten besten Sorten fördern.

Die Abnehmer sind heute bei dem starken Angebot an Kohlen sehr wählerisch. Das Kohlenyndikat klagt bezüglich des Januar-geschäftes allerdings über starken Mangel an Inlandsabsatz. Zum Schluß läßt er sich aus der Eigenschaft des Januar als Inventur-

monat erklären, so daß anzunehmen ist, daß der Februar für den Ausfall des laufenden Monats eine gewisse Entschädigung bringen wird. Das Auslandsgeschäft hat sich infolge des Bergarbeiter-streiks in Amerika gehoben. Nuß, Anthrazit und Eierbriketts sind in steigender Menge, besonders nach Buenos Aires, verfrachtet wor-den. Durch die Steigerung der Brikettfabrikation ist eine Verwer-tung der Staubkohle in größerem Umfange möglich geworden, die einen wesentlichen Teil der Halbenlagerung ausmacht.

Die staatliche Unterstützung des englischen Bergbaues erschwert freilich nach wie vor die deutsche Wettbewerbsfähigkeit. Von den leichten Anzeichen einer Besserung in der Eisenindustrie darf sich der Bergbau auch für den Inlandsmarkt eine Belebung versprechen, die schon im nächsten Monat sich einigermaßen bemerkbar machen dürfte. Auch die Berichte der Arbeitsämter lassen erkennen, daß die Zunahme der Erwerbslosenziffer sich verlangsamt, und damit die Krise ihren Höhepunkt überschritten zu haben scheint. Gegen die in düsteren Farben gehaltenen Geschäftsberichte einzelner Körperschaf-ten macht sich in der Öffentlichkeit ein gewisser Widerspruch unter Berufung auf die unerkennbaren Gesundungsansätze geltend. Man dürfte schon in einigen Wochen Klarer sehen.

Gewerkschaftsarbeit und Unterstützungswesen

Zu der Neuregelung unseres Beitrags- und Unterstützungswesens möchte ich mir einige Bemerkungen gestatten:

So erfreulich es ist, daß die Beitragserhöhung auch eine wesent-liche Erhöhung der Unterstützungen mit sich bringt, so kann über-lestere bei näherer Betrachtung eine ungetrübte Freude nicht auf-kommen.

Wenn man die Erwerbslosenunterstützung mit der Streikunter-stützung vergleicht, muß man feststellen, daß die erstere der letzteren gegenüber erheblich zu hoch ist. Eine Erwerbslosenunterstützung von 8,40 Mark bei einem Hauptfallsbeitrag von 1 Mark bringt den Verband nahe an die Grenze einer ausschließlichen Versiche-rungsanstalt und schwächt den Kampfscharakter der Gewerkschaft. Insbesondere trifft dieses auf die Kr a n k e nunterstützung zu.

Wir scheint, daß es überhaupt Zeit ist, sich die Frage vorzu-legen, ob wir nicht im Begriffe sind, im a l l e m e i n e n den Ge-danken der Krankenversicherung zu überspannen. Wenn auch augen-blicklich die sehr hohe Anzahl von Kranken zum großen Teil auf natürliche Ursachen (Jahreszeit, Witterungsverhältnisse usw.) zu-rückzuführen ist (die Krankenkassen im hiesigen Bezirk haben 5 bis 6 Prozent ihrer Versicherten als krank gemeldet), so macht es doch bedenklich, wenn z. B. die hannoverschen Krankenkassen vor eini-gen Tagen ihre Versicherten öffentlich auf die Gefahr des Bestan-des der Kassen aufmerksam machten, wenn diese von den Versiche-ten weiter so in Anspruch genommen werden. Gewiß muß das Krankengeld so hoch sein, daß der Versicherte in den Tagen der Krankheit vor Not geschützt ist. Wenn aber z. B. die Betriebs-krankenkasse eines hiesigen größeren Werkes in der höchsten Stufe (hierin sind 60 bis 70 Prozent versichert) 31 Mark Krankengeld

pro Woche zahlt, bedeutet es eine Ueberspannung der Ausgaben des Verbandes, wenn dieser dazu noch den Betrag von 8,40 Mark zahlt. Eine niedrigere Erwerbslosenunterstützung und dafür Stärkung des Reservefonds würde weit mehr im Interesse der Verbandsmitglieder liegen.

Wenigstens sollte man einen Unterschied in der Unterstützung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit machen, obwohl auch bei der letzteren der Verband den Bogen nicht überspannen sollte, da ja die Unterstützung der Erwerbslosen weit mehr eine Pflicht der Allgemeinheit als des Verbandes ist.

Ich bin natürlich davon überzeugt, daß obige Gedanken sicher auch schon bei Festsetzung der Unterstützungen vom Hauptvorstand eingehend besprochen worden sind. Ich wollte mit meinem Brief lediglich die Stimmung unserer hiesigen Kollegen wiedergeben.

Auch weiß ich wohl, daß die Konkurrenz der anderen Verbände unsere Entschlußkraft bei Festsetzung der Unterstützungen etwas beeinflusst und insbesondere eine unterschiedliche Behandlung der Unterstützungsfrage zwischen uns und dem Deutschen Metallarbeiterverband immerhin Bedenken erregen muß, so bleibt vielleicht dann doch noch die Frage zu prüfen, ob man nicht durch eine gemeinsame Aussprache mit den übrigen Verbänden eine Einigung erzielen könnte. H. Kirchner.

Wir geben diese beachtliche Äußerung des Kollegen Kirchner wieder, weil sie tatsächlich ein Hauptproblem innerer gewerkschaftlicher Fragen darlegt. Der Vorstand war sich sicher der bedeutenden Konsequenzen bewußt, als er die letzte Beitrags- und Unterstützungsregelung traf, obwohl man bei Festsetzung einen solchen Umfang der Erwerbslosigkeit kaum annehmen konnte. Wenn Kollege Kirchner der Ansicht ist, daß unsere Organisation in erster Linie Kampfororganisation sein muß und Reservefonds ansammeln soll, ist ihm rückhaltlos beizustimmen. Jedoch muß auch in allem Ernst darauf hingewiesen werden, daß das Zahlen in der nicht richtigen Beitragsklasse sehr große finanzielle Lücken und einen Mangel in der Reservefondsbildung hervorruft. Darauf in den Ordnerverordnungen etwas schärfer gesehen und wir brauchen uns um den Reservefonds nicht soviel Kopfzerbrechen zu machen. Das angeschnittene Problem wird ja auch bei uns nicht zum erstenmal behandelt. Dennoch scheint es notwendig, auch in dieser Frage endlich zu einer allgemein gewerkschaftlichen Klärung zu kommen.

Produktionsverteuerung

W. Hader

Ohne uns mit jeder Einzelheit zu identifizieren, geben wir diese Darstellung unseres Mitarbeiters wieder, weil sie einen sehr wunden Punkt in der Produktionsverteuerung berührt.

Die Passivität unseres Außenhandels hatte sich bekanntlich in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres außerordentlich ungünstig gestaltet. Niemand hatte daher erwartet, daß der Monat September einen Rückgang dieser fast chronisch gewordenen Ueberschuldung, deren Endergebnis für die Septemberbilanz eine Verminderung des Passivsaldo von 162 Millionen Mark war. Früherer Wirtschaftskreislauf sind der naheliegenden Meinung, daß einmal schon die Septemberbilanz unter dem Zeichen einer Droßelung der Getreideimporte stand, zum anderen aber, daß sich die Verrückung in dieser Linie durch eine Aenderung in der statistischen Verarbeitung der eingehenden Materialien erklären läßt. Selbst die günstigeren Septemberzahlen sind an sich noch viel zu hoch, um wirklich von der deutschen Wirtschaft getragen zu werden und es muß also in der Statistik irgend eine Fehlerquelle gesteckt haben oder noch stecken. Die Bilanz der Fertigfabrikate schließt mit einer Aktivität von 417 Millionen Mark ab und gleicht die Bilanz der Rohstoffe, die mit 309 Millionen Mark passiv ist, reichlich aus. Sie läßt sogar zum Ausgleich der Passivität der Lebensmittelbilanz 389 Millionen Mark noch etwas übrig. Jedenfalls muß versucht werden, die Lebensmittelinflüsse einzuschränken oder die Ausfuhr von Fertigfabrikaten weiter zu steigern.

Die letzten Messen haben bewiesen, daß wir für das Ausland zu teuer sind. Export und damit rauchende Schornsteine gibt es nur bei Produktionsverbilligung. Allgemein aber sollte man sich darüber klar sein, daß weder an Fabrikationsmethoden noch an Arbeitslöhnen gespart werden kann. Wer verteuert denn nun in Deutschland die Produktion? Neben einer Reihe oft genannter Momente ist aber auch der Staat in bedeutsamer Maße Produktionsverteuerer. Trotz der wesentlichen Herabsetzung der Umsatzsteuer bleibt deren preissteigernde Wirkung immer noch hoch genug, denn ein großer Teil des Auslandes rechnet heute mit Bruchteilen eines Pfennigs. Ist es nicht sinnlos, eine Sache auf ihrem ganzen Wege durch Produktion und Verteilung stellen jedesmal von neuem zu belasten? Unsere Industrie magt eben jetzt die stärksten Anstrengungen, um sich von dem Druck zu befreien, den die ausländische Industrie auszuüben beginnt bzw. diesen vorzubeugen. So hat die erwartete Ueberschuldung ganz Europas durch die Fordischen Automobile bereits eingeleitet, und eine ganze Reihe anderer großer Auslandsfirmen der gleichen Branche beteiligen sich an der Invasion. Das Volk aber bedenkt nicht, daß zwischen dem Fordischen Blechwagen, der in 3 bis 4 Jahren nur noch den Blechwert hat, und dem deutschen Qualitätsautomobil ein gewaltiger Unterschied liegt, sondern es sieht nur den erheblichen Preisunterschied, der ja angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage auch ausschlaggebend ist.

Wie aber ist es möglich, daß die deutsche Automobilindustrie mit der amerikanischen in erfolgreichem Wettbewerb treten kann, wenn in einem Auto, dessen Herstellungskosten 7000 Mark ausmachen, allein 1000 Mark Umsatzsteuer stecken? Der Generaldirektor der Dresdener Ingner-Werke, gewiß eines gewissen und modern geleiteten industriellen Unternehmens, hat in einer Berliner Zeitung ausgerechnet, daß ein Hans, das heute eine Viertelmillion Umsatz im Monat hat — und nur wenige können sich dessen rühmen —, davon noch nicht ein Zehntel der Steuer aufzubringen vermag, die von ihm verlangt werden.

Es wäre noch erträglich, wenn die Umsatzsteuer die einzige Belastung der Wirtschaft wäre. Dazu aber kommen Dutzende anderer Steuern, deren Wirkung in einzelnen aufzuführen hier natürlich zu weit führen würde. Nur einige besondere kräftige Beispiele der Art und Weise, in der heute der Staat an die Erbschaft herangeht, seien hier noch aufgeführt. Die Gerichtskosten bewegen sich heute in einer Höhe, die alles Vorige weit in den Schatten stellt, und die Geschäftswelt ist gar nicht in der Lage, die wachen

Gebührensätze zu bezahlen. Kostet doch schon ein kleiner Registerauszug mehrere Mark. Bayern verlangt sogar bis 15 Mark für einige Zeilen. Was aber soll man dazu sagen, wenn man bedenkt, daß bei Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 2 Millionen Goldmark vor dem Kriege 1150 Mark Kosten zu bezahlen waren, heute dagegen 75 000 Mark? Das ist also das 75fache! Wer aber muß derartige Summen aufbringen? Doch nur der Verbraucher, denn die Aktiengesellschaft selbst wird unmöglich ihre Tätigkeit mit solchen Verlusten, denn etwas anderes ist es doch nicht, beginnen. Der angegebene Kostenbetrag versteht sich allerdings nur für Preußen. In Bayern kostet die gleiche Eintragung mit allem Drum und Dran 20 000 Mark und im Freistaat Sachsen nur 5000 Mark — und alle drei Länder gehören zum einzigen Deutschen Reich! — Für das Vorgehen der Reichspost mit dem Telephonverkehr ist eine parlamentarische Bezeichnung überhaupt nicht mehr möglich, denn das Telephonieren stellt sich viermal so teuer wie im Frieden, kostet aber um so mehr Beamtenarbeit (dem Staate) durch das sinnlose Zählen der Gespräche und die Buchungsarbeit, die das Aufschreiben der nicht zahlenden Telephonkunden macht, bei denen vorläufig keine Verbindung hergestellt werden kann. Ursprünglich sollte ja wohl das Telephon ein Verkehrsmittel sein, heute aber ist es oft ein Verkehrshindernis. Dabei wirtschaftet der Postminister aus dem teuren Telephon so hohe Ueberschüsse heraus, daß die Reichspost Berliner Banken mit flüssigen Mitteln unter die Arme greifen kann. Dieses unser Geld

Der Wiederaufbau Europas

Der vorliegende Artikel unseres staatspolitischen Mitarbeiters E. St. sucht in großen Linien den Wiederaufbau Europas zu zeigen. Ohne eine Zusammenarbeit in Europa ist dieser Erdbteil ein erloschener Teil, sagte der englische Politiker Norman Angell. Dieser Artikel verläßt dazu die Spuren zu zeigen. Wir besähen durchaus die Ansicht der Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit, wenn wir auch davon überzeugt sind, daß vorher noch manches Eis gebrochen werden muß.

Mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hofft man die auf Europa lastende Unsicherheit in der weltpolitischen Entwicklung des Nachkriegsproblems zu bannen. Dabei vergißt man völlig, daß für eine wirkliche Befriedung Europas und der Welt nur die Lösung des Problems der Weltökonomie und der Solidarität in Betracht kommen kann. Da der Völkerbund eine Verquickung dieses Problems mit nationalen und politischen Fragen geradezu herausfordert, kann folglich auch eine Basis für die notwendige Verständigung nicht geschaffen werden, solange eine durch selbstsüchtige und materialistische Machtinteressen bestimmte Politik den Ausblick auf

das Gesamtinteresse Europas

— auf seine Notwendigkeit, sich der tatsächlichen Entwicklung der großen Weltökonomie der Welt anzupassen, — verunkennt.

Man wird sich dessen erinnern, daß Amerika es vorzog der Konkurrenz in Genua fernzubleiben, als es sich darum handelte, das mit nationalen und politischen Fragen durchsetzte Welt-Grübel-Problem zu behandeln. Warum wohl? Es hatte Rücksicht zu nehmen auf die sich vollziehende „Geschlossenheit“ seines Weltökonomiekreises. Mit dem Völkerbund, wie er ist, — war für Amerika die Möglichkeit einer rationalen Analyse der ökonomischen Welt-Situation nicht gegeben. Daran wird auch der Beitritt Deutschlands nichts ändern. Gegebenenfalls wird dadurch eine politische Situation gegenüber dem sowjetischen Rußland geschaffen, die von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Erkenntnis werden kann: Daß Rußland nicht ohne weiteres zum europäischen Weltökonomiekreis gehört, sondern einen Weltökonomiekreis für sich darstellt, der im Osten vom Weltökonomiekreis Asien berührt aber nicht überschritten wird. Mehr denn je rechtfertigt heute die Weltwirtschaftslage den Satz: „In Zukunft muß man in Kontinenten, nicht in Ländern denken.“

Wer indes die tatsächliche Entwicklung und die mannigfaltige Wirklichkeit der politischen Erscheinungen als Ausgangspunkt für die Betrachtung all derjenigen Voraussetzungen wählt, die den Wiederaufbau Europas als bedingt erscheinen lassen, wird sich angesichts der Masse der nationalen und politischen Probleme, die das heutige Europa zerlegen, — doch einfach fragen müssen:

Wovon lebte denn Europa

vor dem Kriege? Die richtige Antwort aber dürfte ebenso einfach lauten: Europa lebte vom Markte, den es sich schuf, und dem sich die technische Entwicklung Europas anpaßte. Mit einem Warenabfluß im Ausmaß von früher nach außereuropäischen Ländern kann Europa vorläufig jedenfalls nicht rechnen, und darin liegt der Angelpunkt des gegenwärtigen Problems. Denn die konkreten Verhältnisse des Weltmarktes auf denen Europas wirtschaftliche Stellung, seine Kulturhaltung und politische Macht beruhte, haben sich seit Beginn des Weltkrieges wesentlich geändert. Ganze Völker haben angefangen sich selbst zu versorgen und sind inzwischen Mitbewerber Europas auf dem Weltmarkt geworden. Große Weltökonomiekreise wie Asien, Amerika und Rußland haben sich gebildet und jeder dieser Kreise verfolgt heute die Tendenz: sich möglichst von einander abzuschließen. d. h. so weit wie möglich auf und von sich selbst zu leben, gleichzeitig aber den Ueberfluß der eigenen, aufs höchste gesteigerten Produktion (Amerika) auf den Weltmarkt zu tragen. Diese Tatsache hat eine Lage geschaffen, die einer Isolation Europas fast gleichkommt.

Europa aber, auf sich selbst gestellt, — kann nicht auf und von sich selbst leben, — dazu fehlt ihm der natürliche und unermessliche Reichtum von Rohstoffen aller Art, die den andern großen Weltökonomiekreisen der Welt eigen sind, und die es diesen möglich machen sich gegen Einfüsse und Störungen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von außen abzuschließen. Amerika den Amerikanern, Asien den Asiaten und Rußland den Russen — lautet die Parole, die außerdem von Klassenfragen und politischen Gesichtspunkten gestützt wird, so daß Europa es mit einem fallenden statt steigenden Markt zu tun hat.

Nun aber kommt es darauf an, was man unter dem „Wiederaufbau Europas“ verstehen will. Die notwendige Anpassung Europas an die neuen Verhältnisse und das feste unabwehrbare Entwicklungstempo im Bewußtwerden der gelben, braunen und schwarzen Völker lassen Europa umeingefundenermaßen nicht viel Zeit für die Erkenntnis und Analyse der neuen ökonomischen Welt-Situation. Die frühere wirtschaftliche Expansion Europas, die zum Aufblühen der europäischen und amerikanischen Industrie führte, — ist so gut wie stillgelegt. Japan als politisch und kulturell führende Macht Asiens entwickelte seine Industrie infolge der politischen Dummheit Europas. Rußland verfacthierte seine alten Industrien und baut neue auf der Grundlage einer besonderen Art von Staatskapitalismus zufolge seiner „neuen ökonomischen Politik“ von der man nicht überzeugt ist, ob sie wirklich etwas erreicht. Die Geschlossenheit des altindischen Weltökonomiekreises ist jedenfalls nicht zu leugnen. Außerdem: die Weltökonomiekreise Asien und Rußland haben Zeit, die vollständige Umbildung vom Anehemmer zum Konzentrierten Europas zu durchlaufen. Nicht zu vergessen, daß diese zu Hunderten von Millionen zum Bewußtsein ihres Fleisches, ihrer Jateigenen, ihrer Befähigung ihrer beispiellosen Anpruchslosigkeit und nicht zuletzt ihrer Macht als Zahl erwachten Völker nach Eroberung der eigenen

wird dann wieder an den Geschäftsmann gegen riesengroße Zinsen ausgeliehen, ein wahrhaftiger Kreislauf des Wahnsinns. Im übrigen genau dieselbe Erscheinung, wie sie hinsichtlich der zu viel erhobenen Steuerbeträge allgemein bekannt ist.

In all diesen verfahrenen Verhältnissen müssen die Bemühungen der Regierung um eine allgemeine Preislenkung mehr oder weniger wirkungslos verpuffen. Vielleicht setzt sich der Reichswirtschaftsminister zunächst einmal mit seinen Kollegen in Verbindung und ermuntert sie, in ausgiebigem Maße mit der Verbilligungsaktion zu beginnen, damit es dann andere Leute nachmachen können.

Betriebsrat und Arbeiterin

Maria Küllier

Sechs Jahre sind verlossen, seitdem das Betriebsrätegesetz in Kraft getreten ist, da dürfte wohl die Frage berechtigt sein: „Hat das Betriebsrätegesetz für uns Arbeiterinnen wirkliche Vorteile gehabt?“ Diese Frage darf dahingehend beantwortet werden, daß da, wo die Kolleginnen als Betriebsratsmitglieder tätig waren und ihre Tätigkeit im Sinne des Gesetzes ausübten, wirkliche und wertvolle Arbeit für die Kolleginnen geschaffen wurde. Leider haben sich die Arbeiterinnen nur nicht überall entsprechend ihrer Zahl in den einzelnen Betrieben als Betriebsratsmitglieder betätigt oder nicht betätigen können. Nicht verkannt werden darf die Tatsache, daß es für die Kolleginnen in den ersten Jahren des Bestehens des Betriebs-

Der Wiederaufbau Europas

Märkte sich dem politischen Einflusse Europas und Amerikas nach und nach entziehen werden. Die Vorgänge in China beleuchten den Lauf dieser Entwicklung grell und zeigen, welche Kampfmittel diese Völker im Boykott der Auslandsware besitzen.

Was wird — was muß Europa angesichts dieser Tatsache tun? Aufbauen? Aber die Basis? Die Hälfte aller Erdoberfläche ist noch unbesiedelt. Die Dichtigkeit der Bevölkerung ist enorm — selbst im Verhältnis zu der Amerikas, das seine Anhebelungs-politik auf weite Sicht betrieb und dadurch seine heutige Machtstellung in der Weltfrage behaupten kann. Europa, das doch schließlich nur der westliche Zipfel des euroasiatischen Kontinents — weiß heute, daß es nicht die neuen Produktionsmethoden sind, denen Europa den einstigen Aufschwung verdankt und mit denen man heute den Weltmarktpreis den Verhältnissen anzugleichen sucht, sondern daß es der fehlende Markt ist, wo der Hebel im Wiederaufbau angelegt werden muß. Kann also der Wiederaufbau Europas etwas anderes bedeuten, als unter der Geschlossenheit einer europäischen-ökonomischen Solidarität die Abperlungstendenzen vor allem des asiatischen und russischen Weltökonomiekreises in das Gesichtsfeld eines weltwirtschaftlich zu organisierenden Güterausstauschverkehrs einzuhaken? Dazu bedarf es aber einer die Gesamtinteressen der wirtschaftlichen Welt berücksichtigenden Diplomatie und nicht der Politik des Machtwillens. Wo einer Gefinnungsänderung Europas und der Bereitschaft:

die Weltökonomie vor der Politik

sprechen zu lassen. Die Initiative hierzu ging von Deutschland aus und ist in richtiger Erkenntnis der Welt-Situation nach Osten auf den Weltökonomiekreis Rußland gerichtet — wie überhaupt ja die Orientierung der Völker Europas uneingeschranktermaßen hehrlich und voraussetzlich auch die Entfaltung Europas für die Selbsthilfe beeinflussen wird.

Amerika hatte Zeit sich während des Krieges und der Nachkriegszeit für den Kampf auf dem Weltmarkt zu rüsten und hat den gewollten Vorprung auch erreicht. Es hat gut lachen über das verschuldete Europa: nur so weiter ihr großen, wirtschaftlichen Kinder. Amerika braucht Europa so wenig wie Rußland den Westen braucht. Mögen japanische oder russische Erzeugnisse z. T. auch Schund sein — sie haben ihren Markt, der ihre Produktion balanciert, und das ist für die Politik der großen Weltökonomiekreise jetzt die Hauptsache.

Selbsterforschung

Außerdem fehlt dieser Politik mehr oder weniger die verhängnisvolle Scheidung von innerer und äußerer Politik, die in Europa zu einer Quelle unaufhörlicher Partekämpfe mit Verheerung, Verrohung und Zerlegung des Volkslebens bis in die Familie oft hinführt. Dasselbe Bild der Abperlung und Selbstverleugung bietet auch Australien als Weltökonomiekreis für sich. Ob Hindus, Japaner oder Mohammedaner — sie alle fühlen sich als Völker. Ebenso die Völker Amerikas untereinander als Amerikaner. Und die Europäer? — Eines Tages stehen der 600 Mill. zählenden weißen Rasse 1100 Millionen Seelen der farbigen anspruchsvollen Rassen in wirtschaftlicher Unabhängigkeit gegenüber. Kurz — Europa hat nicht viel Zeit sich den neuen Verhältnissen anzupassen.

Die natürliche wirtschaftliche Expansion Europas weist nach Osten, da ihm die Möglichkeit der Uebersee-Ausbreitung verloren ging. Die europäischen Ausfahrten auf den russischen Markt sind noch sehr gering im Verhältnis zur europäischen Ueberproduktion, die dem Impuls des neuerbegrenzten Weltmarktes weit folgen müssen. Je schwerer Europa auf diesen Impuls zu reagieren vermag, umso behutamer wird sich die ökonomische Solidarität in der Notwendigkeit ihrer Auswirkung für den Aufbau Europas, d. h. für die Beschaffung von Märkten vollziehen müssen. Das deutsch-stanzmäßige Industrieabkommen, der Ausbau der europäischen Kanal- und Schifffahrtssysteme die alleuropäische Zollunion usw. lassen sich unter den gegebenen Umständen nicht übers Knie brechen. Europa darf jetzt nicht daran denken, eine gewisse vorhandene Warenmenge nach außereuropäischen Gebieten abzuleben. Andererseits hat es keine Zeit zu verlieren und befindet sich damit nicht in Uebereinstimmung mit der Struktur der europäischen Dinge, die sich auf ein gewisses Tempo eingespielt haben. Europa hat Kulturbedürfnisse, die sich seit dem Wiederaufbau hemmend in den Weg stellen, denn es ist gewöhnt, sie mit dem Weltmarktgewinn zu erhalten und zu steigern. Macht Europa sich darauf gefaßt, den Weltökonomiekreis Asien über kurz oder lang wirtschaftlich zu verlieren, und damit muß es rechnen, d. h. bereitet es sich darauf vor, der unaufhaltbaren Entwicklung im Osten sich anzupassen, so wird damit notwendig eine Aenderung seiner Gefinnungspolitik Hand in Hand gehen müssen — um in richtiger Erkenntnis der beiden großen wirtschaftspolitischen Weltprobleme — Weltmarkt- und Weltbevölkerungsproblem, die beide einander durchdringen — das Gesamtinteresse der weißen Rasse behaupten zu können.

Diese Erkenntnis scheint dann auch langsam die Gedankenwelt der Europapolitiker zu durchdringen. Dafür spricht das flüchtig gewordene Tempo der Konferenzen, der Versuch Klärung durch die Kirchenkonferenzen zu bringen, Zugeständnisse der Europamächte an China, verschleppene Gegenkommen an Rußland usw. Je länger Europa damit zaudert, sich auf sich selbst zu besinnen, umso mehr gewinnen die genannten Weltökonomiekreise, die längst sich auf sich selbst besonnen und nach Möglichkeit nur von sich selbst und für sich selbst zu leben streben, an Vorprung auf dem Weltmarkt. Letzen Endes aber ist die Zukunftfrage Europas eine Frage der Erziehung der europäischen Völker zum ökonomischen, d. h. wirtschaftspolitischen Denken. Man kann schließlich nicht aufbauen, wenn man von den Verhältnissen beherrscht wird statt sie zu beherrschen.

rätiges an diesen Stellen sehr schwer war, sich als Betriebsratsmitglieder zu betätigen. Einmal durch die falsche Einstellung vieler Kollegen, welche glaubten, sich als die alleinigen Vertreter der gesamten Arbeiterschaft zu betrachten; zum anderen Teil glaubten auch die Kolleginnen, selbst dem Arbeitgeber gegenüber nicht die notwendigen Kenntnisse zu besitzen, um die Kolleginnen wirksam vertreten zu können. Diese beiden Ansichten dürfen nunmehr als überlebt zu betrachten sein.

Jetzt werden wohl auch die Kollegen eingeschätzt haben, daß die Interessen der weiblichen Arbeiter am wirksamsten von denjenigen vertreten werden können, welche die Eigenart des weiblichen Lebens verstehen und selbst miterleben. Dies ist wohl der Hauptgrund, weshalb die Vertretung der weiblichen Arbeiter nur in Händen von Kolleginnen liegen soll. Hier bietet sich für die Kolleginnen ein weiteres Arbeitsfeld. Sie sollen als gleichberechtigte Mitglieder der Betriebsvertretung mit den Kollegen darüber wachen, daß die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Lohn- und Tarifverträge, sowie die Schiedssprüche der Schlichtungsstellen in der richtigen Weise für die Kolleginnen durchgeführt werden und bei Neubeschluß von solchen Verträgen sind gerade ihre Ratschläge im Interesse der Arbeiterinnen von großer Bedeutung. Von besonderer Wichtigkeit für die Kollegin ist es dann, daß sie bei Festlegung der Arbeitszeit, insbesondere bei Arbeitszeiterlängerung mitwirken kann. Hier kann sie viele Schäden, die sich sonst für die Kolleginnen ergeben würden, verhindern. Desgleichen können die im Betriebsrat tätigen Kolleginnen bei Entlassungen sehr oft verhindern, daß nicht einseitig verfahren wird. Die Arbeiterin wird es meistens sehr wohlthuend empfinden, wenn sie bei ihren Beschwerden sich an eine Kollegin wenden kann, ganz besonders dann, wenn es sich um Sachen handelt, die sie als Frau nicht einem männlichen Kollegen ohne weiteres anvertrauen kann.

Bei der Aufklärung der Unfall- und Gesundheitsgefahren, soll sie als Kollegin den Gewerbeaufsichtsbeamten durch Auskunft und Beratung unterstützen und kann auch mit darauf achten, daß die Bestimmungen und Vorschriften zur Verhütung solcher Schäden durchgeführt werden. Wenn wir diese wenigen Aufgaben aus den Aufgaben des Betriebsrats herausheben, dann zeigen sie uns, daß hier ein Arbeitsfeld für die Kollegin im Betriebsrat liegt, welches von unschätzbbarer Bedeutung für die gesamten Arbeiterinnen sein wird. Wir sollen auch als Arbeiterinnen zeigen, daß wir diese Aufgaben voll und ganz ausfüllen können. Sie sind auch nicht so schwer, wie sie im ersten Augenblick erscheinen. Notwendig ist vor allen Dingen, daß die Kolleginnen, die sich dieser Aufgabe widmen, den ersten Willen mitbringen, zum Wohle der Kolleginnen zu arbeiten. Dadurch, daß sie sich die Mühe geben, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden, werden sie sich auch schnell das Vertrauen der Kolleginnen erringen. Gerade in der heutigen Zeit, wo von Arbeitgeberseite alles versucht wird, der Arbeiterschaft die Rechte zu nehmen, müssen sich aus unseren Reihen heraus Arbeiterinnen finden, die durch ihre tatkräftige Mitarbeit dafür sorgen, daß die antisozialen Maßnahmen zurückgeschlagen werden.

Rundschau

Sinen sozialen Informationskursus

veranstaltet vom 8.—9. 2. 1926 in den Räumen der Greifswalder Universität der kirchlich-soziale Bund unter Unterstützung besonders des Hochschulrings deutscher Art zu Greifswald. In mehreren Referaten und eingehenden Aussprachen soll hier versucht werden, die im Wirtschaftsleben einander gegenüberstehenden Volksgruppen zum Bewußtsein ihrer nationalen Zusammengehörigkeit zu bringen, und diejenigen, die der Not weiler Schichten unseres Volkes teilnahmslos gegenüberstehen, zu praktischer sozialer Arbeit zu veranlassen. Es werden an den beiden Nachmittagen folgende Themen behandelt: „Evangelium und Wirtschaftsordnung“, Professor D. Deißner-Greifswald.

„Brennende Fragen der Sozialpolitik“, „Gemeinschaft und Arbeiter“, Dr. Jagow-Berlin.
„Von Bobelshing's Bedeutung für die kirchlich-soziale Arbeit“, Superintendent Dnajak-Röslin.
Die Teilnahme ist unentgeltlich. Anmeldungen sind zu richten an das Büro des Hochschulrings deutscher Art, Herrn cand. Laabs, Greifswald, Arndtstraße 9, oder Herrn Pastor Walder, Greifswald, Lange Straße 66. Dort sind auch genaue Programme erhältlich.

Es muß gespart werden

Wo denn? Selbstverständlich am hohen Lohn! Durch Armut und Sparlosigkeit am Lustig sagt Herr Minister Stresemann. Wir möchten empfehlen, diesen Ausspruch auf jedes Direktionszimmer zu hängen, denn dort kann noch reichlich gespart werden. Wie sieht es da aus? Der „Deutsche“ Nr. 24/1925 berichtet aus den Vereinigten Schuhfabriken Betrieb, Augsburg, folgendes:

„Im Jahre 1914 betrug daselbst die Zahl der höhergestellten Beamten und Angestellten insgesamt acht, und zwar ein Direktor mit einem Monatsgehalt von 1000 Mark, drei Prokuristen mit je 500 Mark monatlich, außerdem waren noch vier Angestellte in gehobener Stellung mit je 500 Mark Monatsgehalt beschäftigt. Wie sieht es jetzt? Im Oktober 1925 waren im gleichen Betriebe bei nicht wesentlich veränderten Produktionsverhältnissen vorhanden: zwei Direktoren mit je 5000 Mark Monatsgehalt, ein Direktor mit 3000 Mark Monatsgehalt, sechs Prokuristen mit je 800 Mark monatlich und weitere fünf Angestellte in gehobener Stellung mit je 650 Mark Monatsgehalt, ein Angestellter mit 450 Mark pro Monat.

Genannte Firma hat demnach in 1914 für Gehälter der Direktion und höheren Angestellten pro Monat 4500 Mark verausgabt, im Oktober 1925 aber 21 500 Mark oder gleich einer Steigerung von 475 v. Hundert.

Technisch liegt es auch mit der Zahl der höheren Beamten und Angestellten. Waren es deren in 1924 acht, so war dieselbe in 1925 auf 15 gestiegen, und hat sich speziell bei den Direktoren verdreifacht. Erwähnt sei noch, daß im gleichen Betriebe in Augsburg im Oktober 1925 24 Angestellte mit einem Jahresgehalt von zusammen 57 000 Mark entlassen wurden, während die Herren Direktoren ruhig in ihren übermäßig hochbezahlten Stellen verbleiben konnten, trotzdem mehrere größere Filialbetriebe des Betriebs-Besselschen Schuhkonzerns, wie in Wasserburg und Herzog-

„Fünfzig Jahre Arbeiter“

von Karl Schirmer.

Ein hervorragender Beitrag zur Anfangsgeschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Ein Buch voll von Leben aus dem Dasein des Arbeiters der 90er Jahre.

Jeder Jugendliche, aber auch Erwachsene, wird reiche Ernte aus diesem Buche schöpfen können.

Der Verfasser ist einer der alten und in erster Front stehenden Führer unserer Bewegung.

80 Seiten stark, Preis freigegeben 1 Mark. Zu bestellen „Echo-Verlag“, Duisburg, oder Zentrale Gespedite 17.

genau nach geschlossen, und Hunderte von Arbeitern und Angestellten entlassen wurden. So versteht man also von dieser Seite das Sparen; immer die anderen — nur wir nicht. Im übrigen ist vorstehendes ein ganz netter Beitrag zur Verbilligung der Produktion und Erhaltung des Wettbewerbs auf dem Weltmarkt.

Beachtenswerte Worte

Daß die Bestrebungen auf Bildung einer neuen Arbeitsgemeinschaft gerade von christlichen Unternehmern und Arbeitern herkommen, braucht nicht wunderzunehmen. Denn einmal ist ein Tatsächlichkeit ohne den Willen zur Gemeinschaftsarbeit gar nicht denkbar, und zum zweiten fallen in den Kreisen, denen das Christentum nicht lediglich Appellationsmittel ist, die Hindernisse weg, die sich bei Mandariten und Sozialisten der Zusammenarbeit entgegenstellen. Die christlichen Kirchen beider Bekenntnisse haben in dieser Beziehung wertvolle Vorarbeit geleistet. Bekannt ist auch, daß die christlichen Gewerkschaften trotz vielen bösen Erfahrungen unentwegt am Gedanken der Arbeitsgemeinschaft festgehalten und alles getan haben, um ihn zu verwirklichen. Nunmehr werden auch Stimmen christlicher Unternehmer laut, die der notwendigen Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft das Wort reden, die aber bisher gegenüber der Ueberzahl andersdenkender Unternehmer nicht zur Geltung zu kommen vermochten. So hat auf der letzten Generalversammlung der Handels- und Industriebeiräte der Zentrumspartei der Industrielle Kammer beachtliche Äußerungen gemacht: Der Arbeitsgemeinschaftsgedanke werde von ihm als ein soziales, ethisches und christliches Problem aufgefaßt und nach diesen Grundzügen auch behandelt. Es wäre zu bedauern, daß die erste, sämtliche industriellen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen umschließende Zentral-Arbeitsgemeinschaft des Jahres 1918 schon nach einigen Jahren der Auflösung verfiel. Jeder Kampf zwischen den Trägern unserer Wirklichkeit, den Unternehmern und Arbeitern, könne nur dann nützliche Ergebnisse zeitigen und wäre nur dann zu billigen, wenn es sich darum handelte, in einer gesunden, normal arbeitenden Wirtschaft einen richtigen Ausgleich zwischen den überhöhten Spitzenforderungen beider Teile zu erringen. Heute jedoch, in einer Zeit allgemein höchster Verwirrung und schwerster wirtschaftlicher Depressionen müht die Methoden des Kampfes und der Gewaltanwendung zu einer Vermehrung der schon bestehenden Schäden führen. Bei der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiterschaft bestrebe Empfinden für eine friedliche und ausgleichende Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Im Augenblick liege das Gebot der Stunde darin, trotz wachsender Arbeitslosigkeit und schwerster Krisis zu einer Interessengemeinschaft der Arbeiter und Unternehmer zu gelangen. Selbst die Erhaltung unserer Nahrung, die einen geordneten Produktionsgang zur Voraussetzung habe, hänge ab von einer gesunden Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft. Den Weg hierzu mühten beide Teile beschreiten.

Schon im Jahre 1924 hätten Bepfropfungen stattgefunden, ohne jedoch erfolgreich zu sein. Ueberzeugt von der Notwendigkeit, zu diesem Ausgleich zu kommen, hätten auch im vorigen Jahre sehr eingehende Verhandlungen zwischen christlichen Unternehmern und Arbeiterführern unter wertvoller Mithilfe der hohen Geistlichkeit stattgefunden und zu einem Ergebnis geführt. Ende vorigen Jahres sei die ersehnte Einigung in manchen grundsätzlichen Fragen gelungen. So daß jetzt wenigstens die auf den Boden der christlichen Weltanschauung stehenden beiden Gruppen dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft wieder nähergekommen seien. Im Interesse des Wohlergehens unseres Landes und der Sicherung des sozialen Friedens wünschte er, daß nach dem Bekenntnis zur Arbeitsgemeinschaft von Seiten der christlichen Gruppe der gleiche Gedanke in umfassender Weise bei allen Unternehmern und Arbeitern einer Verwirklichung zugeführt werden möge.

Es ist bedeutungsvoll, daß diese Worte bei den versammelten Industriellen beifällig aufgenommen wurden. Hoffentlich fallen sie auch bei den vielen auf fruchtbaren Boden, die abseits stehen.

Branchenbewegung

Die Entflossung der Kofereiarbeiter

Wie bereits einigemal in unserem Verbandsorgan berichtet, ist der Streit um die Bezahlung der der Zechen-Kofereiarbeiter durch die vom Christlichen Metallarbeiter-Verband am Landgericht in Dortmund durchgeführte Klage in ein anderes Jahrgewässer gekommen. Nunmehr haben auch die Berggewergerichte zu der Frage Stellung genommen und Urteile gefällt, die sich teils dem Urteil des Landgerichts Dortmund anschließen, teils von demselben abweichen. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter veranlaßt, seitdem das Urteil am Landgericht in Dortmund über die Bezahlung der Kofereiarbeiter von uns erwirkt wurde, gegen den Christlichen Metallarbeiter-Verband eine unangebrachte Agitation, indem er versucht, nachzuweisen, daß auch er im Interesse der Kofereiarbeiter an der Regelung der Frage mitgewirkt habe. Der Christliche Metallarbeiter-Verband, dem dessen Vertreter haben dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter zu seiner Gegenwart keine Veranlassung gegeben. Unser Verband hat noch nie betont, daß der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter nichts für die Kofereiarbeiter getan habe, sondern nur das hervorgehoben, was der Christliche Metallarbeiter-Verband leistete. Wenn der Erfolg bei der Prozeßführung in der Kofereiarbeiterfrage nicht auf Seiten des Gewerbevereins lag, so ist doch nicht der Christliche Metallarbeiterverband daran schuld. Auf Grund der im „Bergknappen“ erschienenen Artikel hat es den Anschein, als wenn der Gewerbeverein sich ärgerte, daß das von unserem Verbands erlangte Landgerichtsurteil zugunsten der Kofereiarbeiter ausgefallen ist. Der „Bergknappe“ nimmt nun insbesondere daran Anstoß, daß wir geschrieben hatten

Die Kofereiarbeiter kommen jetzt nach Monaten durch die Arbeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu ihrem im Monat März verdienten Lohn“.

Haben wir durch die Veröffentlichung der in diesem Sach enthaltenen Tatsachen etwas Unrechtes begangen? Wir hätten es gernicht nötig gehabt, den Kofereiarbeitern zu sagen, daß der Christliche Metallarbeiter-Verband die Hauptarbeit erledigt hat, da die Kofereiarbeiter zur Genüge wissen, daß unser Verband hervorragende Arbeit, insbesondere auch gerade in dieser Frage leistete. Das Landgerichtsurteil selbst nimmt insbesond. auch Bezug auf das von uns veranlaßte Gutachten des Herrn Professor Kassel und auf sonstige Gutachten, die wir von anderen bekannten Arbeitsrechtlern beibrachten. Das hat dem Christlichen Metallarbeiter-Verband nicht nur Arbeit, sondern auch Geld gekostet. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands (sozialistischer Verband) hatte aber, bevor wir unsere Zeitungsnote verfaßten, die Mitteilung in den Tagesgerichten verbreitet, daß die Führung der Klage am Berggewergericht sowie am Landgericht in Dortmund der „Verband der Bergarbeiter Deutschlands“ gehabt habe. Die Behauptung, daß der alte Bergarbeiterverband die Führung am Landgericht in Dortmund gehabt habe, entspricht nicht den Tatsachen. In der vom Landgericht in Dortmund angeordneten Gerichtsverhandlung am 12. November waren als Sachverständige neben den Rechtsanwälten auch Vertreter der Zechen, des Zechenverbandes, der Beamte des Heizer- und Maschinistenverbandes Rorberg, der ebenfalls für seinen Verband eine gleiche Klage zu vertreten hatte, und der Kollege Kurth vom Christlichen Metallarbeiterverband erschienen. Als Arbeitnehmervertreter kam hauptsächlich der Kollege Kurth ausführlich zu Wort, jedoch hat

auch der Vertreter des Heizer- und Maschinistenverbandes in dieser Verhandlung einige Ausführungen gemacht. Also es waren nur Vertreter der Berufsverbände, die die Prozeßführung in der Hand hatten. Da die Auskünfte für den Ausgang des Prozesses nach dieser Gerichtsverhandlung für die Arbeiter sehr günstig standen, reichte nunmehr der Zechenverband nochmals ein weiteres Besondere Gutachten ein, und beantragte, falls Urteilsverfällung, nochmalige Beratung am Landgericht unter Hinzuziehung der Zechenverbandsvertreter. Zu dieser nochmaligen Verhandlung wurde der Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes durch Eilbrief geladen, und hat derselbe in der Verhandlung als Arbeitnehmervertreter ganz allein den Vertretern des Zechenverbandes gegenüber gestanden. In dieser Verhandlung war auch der Vertreter des Heizer- und Maschinistenverbandes nicht erschienen. Ob in den beiden kurz erwähnten Verhandlungen auch Vertreter des alten Verbandes im Gerichtssaal anwesend waren, konnte nicht festgestellt werden. Das Wort in der Verhandlung selbst, hat keiner von ihnen ergriffen. Wenn unter solchen Umständen der alte Verband die Mitteilung in die Welt hinausposaunt, er habe die Führung am Landgericht gehabt, so mühten zur Steuer der Wahrheit und im Interesse unserer eigenen Sache wir darauf hinweisen, daß der Christliche Metallarbeiter-Verband die Führung in dieser Klage hatte. Ob der Vertreter des Heizer- und Maschinistenverbandes auch gleichzeitig als Vertreter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands auftrat, haben wir bisher noch nicht festgestellt. Auch selbst, wenn das der Fall gewesen wäre, hätte nicht der alte Verband, sondern der Heizer- und Maschinistenverband, also ein Berufsverband, die Klage vertreten. Von einem Aufgehen des Heizer- und Maschinistenverbandes mit Bergbau in dem alten Bergarbeiterverband ist uns auch bisher noch nichts bekannt geworden. Vielleicht sind wir später in der Lage, diesen Zusammenhang besser zu begreifen. Jedenfalls steht einwandfrei fest, daß nicht der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sondern der Christliche Metallarbeiter-Verband die Führung der Klage am Landgericht in Dortmund innehatte. Damit fallen alle Schlussfolgerungen, die der Gewerbeverein an unsere Behauptung in dem erwähnten Zeitungsartikel knüpfte, in sich zusammen. Klaghalgereien, Störung von Mitgliederversammlungen unseres Verbandes durch Mitglieder des Gewerbevereins, sowie ungezielte Kampfesweise gegen den Christlichen Metallarbeiter-Verband ist auf Grund dieser Tatsache noch lange nicht am Abgange. Wenn trotz der Meinungsverschiedenheiten in der Organisationsfrage im Bergbau jeder Verband die Interessen seiner Mitglieder auf das ernsthafteste wahrnimmt, ohne in den Fehler der Missgunst zu verfallen, so kann damit dem Zielstreben der Arbeiterschaft im Bergbau aufs Beste gedient werden.

Verbandsgebiet

München am Main. Vor kurzem fand im Gesellenhause unsere diesjährige Jahres-Generalversammlung statt. Vorstehender Kollege G r o d eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen, besonders die Kollegen Jang Offenbach und Plebe-Beitungen als Vorstehender der dortigen Sektion. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Verwaltungsbericht und Vorstandswahl, gab Kollege Jang einen kurzen Bericht über das abgelaufene Jahr, bemerkte, daß auch in München noch vieles zu verbessern ist, bezuglich besserer Besuche der Versammlungen und besonders Einfluß der Mitglieder in die richtigen Beitragsklassen. Nur eine finanzkräftige Organisation kann der Arbeiterschaft zu ihrem Ziele verhelfen.

In der Aussprache wurde allgemeine Besserung zugesagt. Zur Vorstandswahl dankte Kollege Jang im Namen des Verbandes allen Kollegen, welche sich in den Dienst unseres Verbandes als Vorstand oder Vertrauensmann gestellt haben, und sprach gleichzeitig die Hoffnung aus, im kommenden Jahre ebenso eifrig zu arbeiten, damit unser christliche Metallarbeiterverband auch hier sich festige und entwickle.

Darauf hielt Kollege Jang ein Referat über die allgemeine Wirtschaftslage und die Aufgaben der Arbeiterschaft. Heute gelte es wieder mehr denn je, die Erzeugnisse der Arbeiterschaft zu erhalten und zu verteidigen. Lohn, Urlaub und Arbeitszeit will man wieder der Vorkriegszeit anpassen, vergißt aber ganz, daß die Lebenshaltung eine Uebersteuerung durch die hohen Preise aufweist. Die arbeitsrechtlichen Fragen will man der Arbeiterschaft unterbinden. Da ist nun eine starke Gewerkschaft notwendig, mit Mitgliedern, welche die Zeichen der Zeit verstehen, und nur die eine Frage sich vorlegen, was hat der Verband notwendig um die Interessen seiner Mitglieder auch richtig vertreten zu können. Zum Schluß ermahnte der Referent, nicht zu verzweifeln und mutig in die Zukunft zu blicken und unsere Rechte zu verteidigen.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Seif, Hofmann, Mörching und Grod. Bei Punkt Verschiedenes wurde zunächst die neue Beitrags- und Unterstüßungsregelung bekanntgegeben und auch einstimmig beschlossen, die neuen Sätze, wie sie im ganzen Bezirk bejaht werden, auch hier zu zahlen, und alle anwesenden Kollegen wollen sich dafür einengen, daß es auch die Nichtanwesenden bezahlen. Alle Kollegen sahen auch ein, daß die heutige Zeit mit ihrer starken Arbeitslosigkeit große Ansprüche an die Verbände stellt, und mühten daher auch etwas Opfer gebracht werden. Ferner wurde noch eine Forderung an die Kartelldelegierten gestellt, um beantragen, daß eine gemeinsame Versammlung stattfindet, um über die wichtigsten brennenden Fragen unsere Stellung auch nach außen hin zu zeigen.

Hiermit schloß der Vorstehende die so anregend verlaufene Generalversammlung und forderte alle Kollegen zur Mitarbeit auf, damit unser christliche Metallarbeiterverband auch hier zu einem großen Baume sich entwickle.

Bonn und Siegtreis. Am Sonntag, dem 10. Januar tagte in Beuel eine sehr gut besuchte Vorstand- und Vertrauensleutekonferenz der Verwaltungsstellen Bonn und Siegtreis. Kollege K a h b e n e r berichtete nach Eröffnung der Konferenz über die Entwicklung des Verbandes im verfloffenen Jahre, innerhalb der Verwaltungsstelle Bonn. Wenn auch im Laufe des Jahres 190 Mitglieder dem Verbands zugeworben wurden, liegt die Mitgliederzahl nicht dementsprechend, weil in derselben Zeit auch manche Mitglieder dem Verbands den Rücken kehrten. Es müsse deshalb mehr als bisher neben der Werbung neuer Mitglieder, an der Erhaltung derselben gearbeitet werden. Trotz der großen Interessenlosigkeit bei der Mehrzahl der Metallarbeiter und der Wirtschaftslage, war es im Jahre 1925 möglich, noch erhebliche Lohnsteigerungen zu erkämpfen. In der Bonner Metallindustrie konnten die Spitzensöhne um 8.4, bei der Bleiindustrie um 10.3 und im Kleingewerbe um 30.3 pro Stunde gesteigert werden. Diese immerhin schönen Erfolge wären bei einem besseren Organisationsverhältnis sicher noch besser gewesen. Kollege H e n j e l e r konnte für den Siegtreis berichten, daß in der dortigen Verwaltungsstelle sich im Berichtsjahre die Mitgliederzahl fast verdoppelt habe, ebenso sei es im Verlauf dessen möglich gewesen, von dem Minus der Lokalkasse zu Anfang des Jahres 1925, zu einem beachtenswerten Kasienbestand am Schluß des Jahres zu kommen. Auch im Siegtreis war es trotz hartnäckigem Wehren der Arbeitgeber möglich, die Löhne zu steigern und für die Hochlohnleute der Achtundzweigtzig wieder zu erkämpfen.

Darauf zeigte uns Kollege S c h ü m m e r in einem großzügig angelegten Referate, welche Gefahren der deutschen Arbeiterbewegung drohen. Von der Tatsache ausgehend, daß die Lage der Arbeiterschaft stets Wechselwirkungen unterworfen war und ist, zeigt er an Beispielen, wie es möglich sei, durch festes Zusammenhalten in dem Verbands und absolutes Vertrauen zu den gemäßigten

40 Grad

zeigt zwar noch das Fieberthermometer der deutschen Wirtschaft. Aber die Krise hat ihren Höhepunkt erreicht und langsam beginnt die Besserung. Wenn es auch nicht mit einem Schlag überall besser wird, das erste neue Krossen zeigt sich schon.

reit, alle Gefahren zu meistern. Zur Zeit der Inflation hatten wir gegenüber den Ländern mit fester Währung eine billige Produktion, daher auch gute Beschäftigung, und weil zu der Zeit auch starke Gewerkschaften bestanden, hatte die Arbeiterchaft entsprechenden Einfluß. Die Löhne, die damals zeitweise nur 8-3 bezugten, konnten auf 42-3 gesteigert werden.

Die Krise hat ihren Höhepunkt erreicht und langsam beginnt die Besserung. Wenn es auch nicht mit einem Schlag überall besser wird, das erste neue Krossen zeigt sich schon.

reit, alle Gefahren zu meistern. Zur Zeit der Inflation hatten wir gegenüber den Ländern mit fester Währung eine billige Produktion, daher auch gute Beschäftigung, und weil zu der Zeit auch starke Gewerkschaften bestanden, hatte die Arbeiterchaft entsprechenden Einfluß.

reit, alle Gefahren zu meistern. Zur Zeit der Inflation hatten wir gegenüber den Ländern mit fester Währung eine billige Produktion, daher auch gute Beschäftigung, und weil zu der Zeit auch starke Gewerkschaften bestanden, hatte die Arbeiterchaft entsprechenden Einfluß.

und auch Wirtschaftspolitik durchgreifendere Mittel in Vorschlag gebracht haben. Das große Heer der Arbeitslosen wird als Druckmittel gegenüber den Beschäftigten benützt. Affordubugierungen werden auf der ganzen Linie vorgenommen, so auch bei der Firma Eichhoff in Bochum.

Bekanntmachung.

Wir sehen uns genötigt, die zurzeit geltende Grundlage für die Errechnung der Affordubugierung auf die tarifliche umzustellen. Zur Durchführung dieser Maßnahme kündigen wir hiermit allen bei uns beschäftigten Arbeitern zum 27. Januar 1926.

kennt die Firma keine anderen Sparmöglichkeiten? Mit Recht entrücken sich die Arbeiter über die große Zahl der Angefallten, besonders der angeblich leitenden Angestellten. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit dürfte zeigen, wie noch Sparmöglichkeiten sind.

reit, alle Gefahren zu meistern. Zur Zeit der Inflation hatten wir gegenüber den Ländern mit fester Währung eine billige Produktion, daher auch gute Beschäftigung, und weil zu der Zeit auch starke Gewerkschaften bestanden, hatte die Arbeiterchaft entsprechenden Einfluß.

reit, alle Gefahren zu meistern. Zur Zeit der Inflation hatten wir gegenüber den Ländern mit fester Währung eine billige Produktion, daher auch gute Beschäftigung, und weil zu der Zeit auch starke Gewerkschaften bestanden, hatte die Arbeiterchaft entsprechenden Einfluß.

reit, alle Gefahren zu meistern. Zur Zeit der Inflation hatten wir gegenüber den Ländern mit fester Währung eine billige Produktion, daher auch gute Beschäftigung, und weil zu der Zeit auch starke Gewerkschaften bestanden, hatte die Arbeiterchaft entsprechenden Einfluß.

Der Jahresbericht und der ganze Verlauf legte berechtigtes Zeugnis ab von der erfolgreichen Tätigkeit und inneren Geschlossenheit unserer Verwaltungsjetelle.

Bekanntmachung.

Wir sehen uns genötigt, die zurzeit geltende Grundlage für die Errechnung der Affordubugierung auf die tarifliche umzustellen. Zur Durchführung dieser Maßnahme kündigen wir hiermit allen bei uns beschäftigten Arbeitern zum 27. Januar 1926.

kennt die Firma keine anderen Sparmöglichkeiten? Mit Recht entrücken sich die Arbeiter über die große Zahl der Angefallten, besonders der angeblich leitenden Angestellten. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit dürfte zeigen, wie noch Sparmöglichkeiten sind.

reit, alle Gefahren zu meistern. Zur Zeit der Inflation hatten wir gegenüber den Ländern mit fester Währung eine billige Produktion, daher auch gute Beschäftigung, und weil zu der Zeit auch starke Gewerkschaften bestanden, hatte die Arbeiterchaft entsprechenden Einfluß.

reit, alle Gefahren zu meistern. Zur Zeit der Inflation hatten wir gegenüber den Ländern mit fester Währung eine billige Produktion, daher auch gute Beschäftigung, und weil zu der Zeit auch starke Gewerkschaften bestanden, hatte die Arbeiterchaft entsprechenden Einfluß.

reit, alle Gefahren zu meistern. Zur Zeit der Inflation hatten wir gegenüber den Ländern mit fester Währung eine billige Produktion, daher auch gute Beschäftigung, und weil zu der Zeit auch starke Gewerkschaften bestanden, hatte die Arbeiterchaft entsprechenden Einfluß.

Von der Ermüdung des Arbeiters

Von Ing. Riedel

Wenn nach Feierabend der Arbeiter der Fabrik verläßt, so können wir bei einiger Beachtung folgendes feststellen. Der eine eilt froh und leicht nach Hause, ein anderer schlendert gemächlich dahin, der nächste wiederum bewegt sich nur langsam und mit Anstrengung fort.

Man wird mit der Beleuchtungsanlage den Anfang machen. Die richtige Wahl der Beleuchtung und deren sachgemäße Verteilung im Arbeitsraum kann allein schon kolossale Vorteile bringen. Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß eine Überanstrengung der Augen eine große und sehr schnelle Ermüdung herbeiführen kann.

Man wird mit der Beleuchtungsanlage den Anfang machen. Die richtige Wahl der Beleuchtung und deren sachgemäße Verteilung im Arbeitsraum kann allein schon kolossale Vorteile bringen. Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß eine Überanstrengung der Augen eine große und sehr schnelle Ermüdung herbeiführen kann.

Man wird mit der Beleuchtungsanlage den Anfang machen. Die richtige Wahl der Beleuchtung und deren sachgemäße Verteilung im Arbeitsraum kann allein schon kolossale Vorteile bringen. Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß eine Überanstrengung der Augen eine große und sehr schnelle Ermüdung herbeiführen kann.

Man wird mit der Beleuchtungsanlage den Anfang machen. Die richtige Wahl der Beleuchtung und deren sachgemäße Verteilung im Arbeitsraum kann allein schon kolossale Vorteile bringen. Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß eine Überanstrengung der Augen eine große und sehr schnelle Ermüdung herbeiführen kann.

Man wird mit der Beleuchtungsanlage den Anfang machen. Die richtige Wahl der Beleuchtung und deren sachgemäße Verteilung im Arbeitsraum kann allein schon kolossale Vorteile bringen. Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß eine Überanstrengung der Augen eine große und sehr schnelle Ermüdung herbeiführen kann.